

Gerichtssystem

Beschreiben Sie die Organisation Ihres Gerichtssystems in Bezug auf Sammel- oder Verbandsklagen (Sammelklagen). Bei welchen Gerichten können Sammelklagen eingereicht werden?

Das südafrikanische Gerichtssystem besteht aus den Magistrates' Courts (Südafrikas "Untergerichten") und dem High Court (der 11 Abteilungen hat). Darüber hinaus wurde eine Reihe von Fachgerichten und Tribunalen im Sinne spezifischer Gesetzgebung eingerichtet (darunter das Wettbewerbs-, Verbraucher- und Unternehmenstribunal). Der Oberste Berufungsgerichtshof dient als Berufungsgericht für die Obersten Gerichte sowie letztlich auch für einige der Fachgerichte. Gegen Angelegenheiten kann schließlich beim Verfassungsgericht Berufung eingelegt werden.

Gewohnheitsrechtliche und verfassungsrechtliche Sammelklagen werden in der Regel vor den Obersten Gerichten erhoben.

Wo das Gesetz Sammelklagen ausdrücklich vorsieht, bleibt der High Court in der Regel das geeignete Forum für die Einleitung von Zertifizierungsverfahren für Sammelklagen. Dies ist in bestimmten spezifischen Fällen unterschiedlich, z.B. können Sammelklagen im Sinne von Abschnitt 20(1)(c) des Gesetzes zur Förderung der Gleichheit und zur Verhinderung ungerechtfertigter Diskriminierung, 4 von 2000 (PEPUDA) bei den als Gleichstellungsgerichte bezeichneten Magistratsgerichten eingereicht werden; Angelegenheiten im Sinne von Paragraph 4(1)(c) des Verbraucherschutzgesetzes 68 von 2008 (CPA) können vor das Verbrauchergericht oder die Verbraucherkommission sowie vor ein Oberstes Gericht gebracht werden; und Paragraph 157(1) des Gesetzes über Unternehmen 71 von 2008 (Unternehmensgesetz) erlaubt die Einreichung von Sammelklagen vor dem Gericht für Unternehmen, der Kommission für Unternehmen und geistiges Eigentum oder dem Übernahmepanel.

Häufigkeit von Sammelklagen

Wie verbreitet sind Sammelklagen in Ihrer Gerichtsbarkeit? Welche Haltung haben Gesetzgeber und Justiz in letzter Zeit gegenüber Sammelklagen eingenommen?

Sammelklagen sind ein relativ neuartiges Phänomen, das durch die Interimsverfassung (Gesetz 200 von 1993) und Abschnitt 38(c) der endgültigen Verfassung (1996) (Verfassung) vorangetrieben wurde. In Ermangelung spezifischer Gesetze, die den Geltungsbereich und das Verfahren für Sammelklagen vorschreiben, haben die Obergerichte das Gesetz über die Beglaubigung von Sammelklagen entwickelt (wie in Frage 3 näher ausgeführt). Die erste in Südafrika eingereichte Sammelklage beruhte fest auf verfassungsrechtlichen Gründen, und zwar in der Angelegenheit *Permanent Secretary, Department of Welfare, Eastern Cape v Ngxuzo* 2001 (4) SA 1184 (SCA). Der Anwendungsbereich der Sammelklagen wurde vor kurzem vom Obersten Berufungsgericht und vom Verfassungsgericht in den Fällen *Children's Resource Centre Trust* und andere gegen *Pioneer Food (Pty) Ltd* und andere 2013 (2) SA 213 (SCA) (*Children's Resource Centre*) und *Mukaddam* gegen *Pioneer Foods (Pty) Ltd* und andere 2013 (3) SA 89 (CC) (*Mukaddam*) auf Ansprüche ausgedehnt, die auf gesetzlichen Rechten außerhalb der Bill of Rights beruhen. Seit diesen Fällen aus dem Jahr 2013 wurden jedes Jahr nur wenige Anträge auf Zertifizierung von Sammelklagen gestellt.

Die Herangehensweise der Gerichte an Sammelklagen hat sich im Laufe der Zeit gewandelt. Ursprünglich stellten die Gerichte relativ strenge Anforderungen an die Klagebefugnis und die Definition von Sammelklagen und zögerten, Sammelklagen zuzulassen, die nicht auf die Verteidigung von Rechten aus der Bill of Rights abzielten. Jüngere Anträge auf Zertifizierung, bei denen es sich bei den Prozessparteien um arme oder bedürftige Personen handelte, tendierten zu einem freizügigeren Ansatz bei der Zertifizierung.

Rechtliche Grundlagen

Was ist die rechtliche Grundlage für Sammelklagen? Ergibt sie sich aus dem Gesetz oder der Rechtsprechung?

Abschnitt 38(c) der Verfassung bietet jeder natürlichen oder juristischen Person die Grundlage für die Erhebung einer Sammelklage (als Mitglied einer solchen Gruppe oder im Interesse einer Gruppe) wegen Verletzung oder Bedrohung eines Rechts aus der Bill of Rights (Kapitel 2 der Verfassung). Spezielle Gesetzgebung erlaubt die Einleitung von Verfahren "im Interesse oder im Namen einer Gruppe oder Gruppe von Personen", deren Rechte ausgeübt werden können oder deren Interessen im Sinne dieser Gesetzgebung beeinträchtigt werden. Dazu gehören Abschnitt 4(1)(c) des CPA, Abschnitt 20(1)(c) von PEPUDA, Abschnitt 32(1)(c) des National Environmental Management Act, 107 von 1998, und Abschnitt 157(1)(c) des Companies Act.

Es gibt jedoch trotz der Empfehlungen der südafrikanischen Rechtskommission in einem Arbeitspapier aus dem Jahr 1995 und einem Bericht aus dem Jahr 1998 (letzterer enthielt einen Gesetzentwurf des Parlaments) keine spezifischen Rechtsvorschriften für das Verfahren zur Einreichung von Sammelklagen. Infolgedessen gelten selbst in den Fällen, in denen eine erweiterte Klagebefugnis für die Erhebung einer Sammelklage in einer spezifischen Gesetzgebung vorgesehen ist, die Verfahrensregeln für die zuständigen Gerichte oder Tribunale.

Im Falle von Sammelklagen, die vor dem High Court eingereicht werden (wo bisher die meisten Sammelklagen ihren Ursprung haben), wird ein Bescheinigungsverfahren im Sinne der Regel 6 der Einheitlichen Rechtsvorschriften des Gerichtshofs (Regeln) eingeleitet. Die Voraussetzungen für die Zertifizierung (ausführlich in Frage 9) wurden in den Urteilen des Children's Resource Centre und des Verfassungsgerichts in Mukaddam entwickelt, die vom Obersten Berufungsgericht bzw. vom Verfassungsgericht erlassen wurden, mit geringfügigen Änderungen durch spätere Zertifizierungsurteile des Obersten Gerichtshofs. Nach der Beglaubigung werden die Verfahren in Übereinstimmung mit den Regeln für Klageverfahren (Gerichtsverfahren) durchgeführt.

Arten von Ansprüchen

Welche Arten von Ansprüchen können als Sammelklagen eingereicht werden?

Es gibt keine spezifische Beschränkung hinsichtlich der Arten von Ansprüchen, die als Sammelklagen eingereicht werden können.

Abschnitt 38(c), der Teil der Bill of Rights ist, sieht vor, dass "jeder, der als Mitglied oder im Interesse einer Gruppe oder Gruppe von Personen handelt", "das Recht hat, sich an ein zuständiges Gericht zu wenden, wenn er behauptet, dass ein Recht in der Bill of Rights verletzt oder bedroht worden ist". Diese Verfassungsbestimmung hat zu einer Reihe von

Fällen geführt, in denen es speziell um die Durchsetzung von Rechten in der Bill of Rights geht. Der Rechtsbehelf wurde in Form eines Feststellungs- oder Zwangsrechtsbehelfs und nicht in Bezug auf Schadenersatzklagen beantragt. Es gab jedoch Fälle, in denen es um die Entschädigung für nicht gezahlte Invaliditätszuschüsse ging (Rechtfertigung des Rechts auf gerechte Verwaltungsmaßnahmen), um die Zahlung ausstehender Lehrergehälter und die Besetzung frei gewordener Lehrerstellen (Recht auf Grundbildung), um die Rückforderung von Pensionsleistungen, die vom Pensionsfonds eines staatlichen Unternehmens zu zahlen sind (Recht auf Sozialhilfe), und in jüngster Zeit um eine Sammelklage ehemaliger Bergarbeiter, die sich im Laufe ihrer Beschäftigung mit Tuberkulose oder Silikose angesteckt hatten.

Darüber hinaus hat es Ansprüche gegeben, die sich in einigen Fällen mit den Ansprüchen aus der Bill of Rights überschneiden, die aber auch auf verschiedene privatrechtliche Rechtsbehelfe gestützt werden können - in der Regel auf spezifische Rechtsvorschriften oder unerlaubte Handlungen. Dazu gehören wettbewerbsrechtliche Ansprüche, Ansprüche wegen Personen- und Arbeitsunfällen sowie Ansprüche von Verbrauchern (basierend auf dem Gewohnheitsrecht und nicht ausdrücklich im Sinne der Abschnitte 4 und 76(1)(c) der CPA - letztere wurden bisher nicht ausdrücklich in Anspruch genommen). Darüber hinaus wurde vor kurzem ein Antrag auf Zertifizierung einer Sammelklage gestellt, die sich auf Aktionärsansprüche und Ansprüche auf entgangenen Gewinn konzentriert. Ansprüche sind auch im Hinblick auf die Umwelt- und Gleichstellungsgesetzgebung möglich.

Erleichterung

Welche Rechtsbehelfe können in Klassenverfahren geltend gemacht werden?

In Sammelklageverfahren kann eine Vielzahl von Klagen eingereicht werden, sobald eine Klasse zertifiziert wurde. In Bill of Rights-Fällen wird Abschnitt 172(1) der Verfassung relevant. Abschnitt 172(1)(a) schreibt vor, dass ein Gericht, wenn es über eine in seiner Macht stehende Verfassungsangelegenheit entscheidet, jedes Gesetz oder Verhalten, das mit der Verfassung unvereinbar ist, für ungültig erklären muss, soweit es mit der Verfassung unvereinbar ist. Abschnitt 172(1)(b) erlaubt es einem Gericht, jede Anordnung zu treffen, die "gerecht und billig" ist. Dementsprechend können Sammelklageverfahren, die auf der Verteidigung verfassungsmäßiger Rechte beruhen, auf Feststellungsklage, Unterlassungsklage (z.B. die Anweisung eines Beklagten, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen oder ein bestimmtes Verhalten einzustellen) oder strukturelle Anordnungen, die von den Beklagten verlangen, angemessene Pläne zur Beseitigung von Rechtsverletzungen zu entwickeln, sowie auf die Zahlung von Schadenersatz oder verfassungsmäßigem Schadenersatz abzielen.

Bei privaten Sammelklagen (d.h. solchen, die nicht auf der Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte beruhen) steht die nach südafrikanischem Recht allgemein und in Bezug auf den spezifischen Grund oder die spezifischen Klagegründe, die den Anspruch begründen, geltende Entlastung zur Verfügung. Aus diesem Grund können in geeigneten Fällen finanzielle Entschädigung, Unterlassungsansprüche und Restitution zur Verfügung stehen. Eine bemerkenswerte Einschränkung besteht darin, dass das südafrikanische Recht im Allgemeinen keinen Strafschadenersatz anerkennt, und dementsprechend muss es bei Geldforderungen einen geeigneten Mechanismus zur Quantifizierung der Schadenersatzsumme als Ausgleichsbetrag geben. Dieses besondere Merkmal von Schadenersatzklagen wird in der Zertifizierungsphase aufgrund der vom Gericht entwickelten Zertifizierungsanforderungen wichtig, zu denen die Forderung gehört, dass sich die Entlastung aus dem Klagegrund ergeben muss, dass sie "feststellbar" und "bestimmbar" sein

muss und dass es ein geeignetes Verfahren für die Zuweisung von Schadenersatz an die Mitglieder der Klasse geben muss.

Einleiten einer Sammelklage und Zeitplan

Wie wird eine Sammelklage eingeleitet? Wie lange ist die Verjährungsfrist für die Erhebung einer Sammelklage? Kann die Frist für die Einreichung einer Sammelklage angehalten werden? Wie lange dauern Sammelklagen in der Regel von der Einreichung bis zu einer endgültigen Entscheidung?

Sammelklagen werden durch Einreichen eines Antrags auf Zertifizierung (d.h. durch eine Antragsmitteilung) eingeleitet, der durch eine eidesstattliche Erklärung unterstützt wird. Normalerweise werden Zertifizierungsanträge beim High Court eingereicht und unterliegen dementsprechend Regel 6, die sich mit Antragsverfahren befasst. Obwohl es keine spezifischen Regeln gibt, die die Form des Antrags vorschreiben, legen frühere Anordnungen des High Court nahe, dass Zertifizierungsanträge gestellt werden sollten:

- Deklaration einer definierten Klasse;
- die Bestätigung der Vertreter der Klasse als bevollmächtigt, die Sammelklage im Namen der Klasse einzuleiten; und
- Anweisungen bezüglich der Art und Weise, wie die Sammelklage angekündigt werden sollte, einschließlich des Datums, bis zu dem die Mitglieder der zertifizierten Sammelklägergruppe sich für oder gegen die Sammelklage entscheiden müssen.

Es ist auch üblich gewesen, Anordnungen zu beantragen, in denen die gesetzlichen Vertreter der repräsentativen Prozessparteien als Vertreter der Klasse bestätigt werden und alle anwendbaren Erfolgshonorarvereinbarungen anerkennen.

Aufgrund des Vorgehens der Gerichte bei der Zertifizierung ist es erforderlich, dass die zur Unterstützung des Zertifizierungsantrags eingereichte eidesstattliche Erklärung nicht nur die betreffende Sammelklägergruppe identifiziert, sondern auch den Klagegrund in dem Klageverfahren, das sie nach der Zertifizierung zu verfolgen hofft, darlegt (mit einem Entwurf der Einzelheiten der Klage) und Einzelheiten darüber enthält, wie die Mitglieder der vorgeschlagenen Sammelklägergruppe benachrichtigt werden (mit einem Entwurf der Benachrichtigung oder Benachrichtigungen; mit Einzelheiten darüber, wie diese Benachrichtigungen veröffentlicht werden; und mit Einzelheiten wie die Kosten der Veröffentlichung und wie dies geregelt wird). Schliesslich muss die eingereichte eidesstattliche Erklärung die erforderlichen Sicherheiten bieten, um ein Gericht von den Anforderungen zu überzeugen, die von den Gerichten entwickelt und in Frage 9 weiter ausgeführt wurden.

Das Verjährungsgesetz, 68 von 1969, schreibt vor, dass Schadenersatzklagen innerhalb von drei Jahren ab dem Datum, an dem der Klagegrund entstanden ist (was faktisch den Zeitpunkt bedeutet, an dem der Kläger voll wusste, dass er oder sie einen Anspruch hatte), eingereicht werden müssen. Die Verjährung beginnt nicht zu laufen oder wird unter bestimmten vorgeschriebenen Umständen nicht unterbrochen, einschließlich wenn eine Person minderjährig, geisteskrank, unter Vormundschaft steht, durch eine höhere Gewalt (einschließlich eines Gesetzes oder einer gerichtlichen Anordnung) daran gehindert wird, die Verjährung zu unterbrechen, oder außerhalb Südafrikas. Auch die Einleitung von Beglaubigungsverfahren wird die Verjährung unterbrechen.

Im Allgemeinen hängt die Dauer des Verfahrens vor dem Obersten Gerichtshof (von der Einreichung bis zur Entscheidung) von der Kapazität der Gerichte ab. Aufgrund der Neuartigkeit, Komplexität und Art von Sammelklagen sind jedoch in der Regel langwierige Verfahren erforderlich, die selbst bei den einfachsten Sammelklagen mindestens ein oder zwei Jahre dauern können, bis sie das Zertifizierungsstadium erreichen. In den Obersten Gerichten gibt es Initiativen, komplexe Angelegenheiten, einschließlich Sammelklagen, unter Case Management zu stellen. Es gibt jedoch kein gesetzliches Erfordernis, das die Verfahrensdauer vom Zeitpunkt der Einreichung bis zur Urteilsverkündung begrenzt. Bis heute sind die wichtigsten Sammelklagen noch nicht vor Gericht gekommen.

Klassenbildung

Stehend

Was sind die Voraussetzungen für eine Sammelklage?

Sammelklagen können von einem einzelnen Vertreter oder einer Gruppe von Vertretern eingeleitet werden, der bzw. die Mitglied einer Gruppe oder einer Gruppe von Personen ist bzw. sind oder im Interesse einer Gruppe oder einer Gruppe von Personen handelt. Dies ist die wichtigste verfassungsrechtliche Anforderung - und spiegelt sich in der Sprache der ermächtigenden Bestimmungen in denjenigen Statuten wider, die ausdrücklich Sammelklagen in Betracht ziehen.

Obwohl es nicht notwendig ist, alle Mitglieder einer zukünftigen Klasse zu benennen, erfordern die von den Gerichten entwickelten Zertifizierungsanforderungen, dass die Klasse mit ausreichender Klarheit definiert werden muss, um eine objektive Bestimmung zu ermöglichen, ob eine bestimmte Person ein Mitglied der Klasse ist (in der Regel unter Bezugnahme auf die Existenz gemeinsamer Fragen, die im Namen der Mitglieder der Klasse zu bestimmen sind). Darüber hinaus muss der vorgeschlagene Vertreter oder die vorgeschlagene Vertretergruppe "geeignet" oder "angemessen" sein. Dies bedeutet nicht, dass Klassenvertreter Mitglieder einer Klasse sein müssen (d.h. ein Vertreter muss keinen Schaden erlitten haben, um kandidieren zu können). Der Vertreter darf jedoch keinen Interessenkonflikt mit den Mitgliedern der Klasse als Ganzes haben und muss in der Lage sein, den Rechtsstreit im Namen der Klasse zu führen. Die Untersuchung der "Eignung" kann sich auch auf ein Gericht erstrecken, das die gesetzlichen Vertreter der vorgeschlagenen Klasse und etwaige Vereinbarungen über Erfolgshonorare prüft.

Teilnahme

Müssen sich die Mitglieder einer Klasse für oder gegen die Klage entscheiden? Werden die Mitglieder der Sammelklägergruppe darüber informiert, dass eine Klage in ihrem Namen eingeleitet wurde, und wenn ja, wie?

Sowohl Opt-in- als auch Opt-out-Verfahren sind zulässig. In der größten bisher eingereichten Sammelklage, Nkala gegen Harmony Gold Mining Co Ltd 2016 (5) SA 240 (GJ) (Nkala), oder dem "Silikose"-Fall, wurde ein "bifurkiertes" Verfahren angewandt, das eine Kombination von Opt-out- und Opt-in-Ansätzen in gestaffelten Rechtsstreitigkeiten ermöglichte. In der ersten Phase wurde eine Feststellungsklage in Bezug auf die Haftung der beklagten Bergbauunternehmen auf einer "Opt-out"-Basis angestrebt, gefolgt von der zweiten Phase, in der es darum ging, individuellen Schadensersatz für die Mitglieder der Klasse auf einer "Opt-in"-Basis zu fordern.

Zum Zeitpunkt des Zertifizierungsverfahrens ist es nicht notwendig, dass alle Mitglieder der voraussichtlichen Klasse benachrichtigt worden sind. Das vom Gericht entwickelte Verfahren erfordert jedoch, dass der Zertifizierungsantrag genaue Angaben darüber enthält, wie die voraussichtliche Gruppe benachrichtigt wird (einschließlich der Übermittlung des Entwurfs der Benachrichtigung an das Gericht). Zu den Klagen, die während des Zertifizierungsverfahrens erhoben werden, gehört auch der Antrag auf Erlass einer Anordnung, die verlangt, dass die vorgeschlagene Mitteilung den Mitgliedern der Sammelklägergruppe zur Verfügung gestellt wird, einschließlich aller Änderungen des Inhalts der Mitteilung und der Veröffentlichungsmethode, die vom Gericht angeordnet werden können. Die Form der Mitteilung und die Art und Weise der Veröffentlichung hängen von der Art des Falles ab, müssen jedoch hinreichende Einzelheiten darüber enthalten, wie und wann sich die Mitglieder der Sammelklägergruppe für oder gegen die Sammelklägergruppe entscheiden können und wann sie dies tun müssen.

In einem Fall, bei dem es um die unrechtmäßige Beendigung von Invaliditätsbeihilfen ging, wurden Mitteilungen an Rentenzahlungspunkten veröffentlicht, wo sie von potenziellen Mitgliedern der Klasse wahrscheinlich gesehen würden. In Nkala sollten Mitteilungen in den verschiedenen Goldminen, die in die Sammelklage verwickelt waren, sowie Anzeigen in lokalen Radiosendern veröffentlicht werden.

Anforderungen an die Zertifizierung

Was sind die Voraussetzungen, damit eine Klage als Sammelklage eingereicht werden kann?

Es gibt keine gesetzlichen Anforderungen, und die primäre Grundlage, auf der ein Gericht eine Sammelklage bescheinigt, bleibt, ob dies "im Interesse der Gerechtigkeit" geschieht. Im Children's Centre Trust listete der Oberste Berufungsgerichtshof sieben "Anforderungen" auf, die sich auf die Empfehlungen der südafrikanischen Rechtskommission für die Zertifizierung einer Sammelklage stützten. Das Verfassungsgericht hat in der Folge den Ansatz des Obersten Berufungsgerichts gebilligt, sah die Liste jedoch als eine nicht ausschließliche Reihe von Faktoren an, die bei der Entscheidung zu berücksichtigen sind, ob es im Interesse der Gerechtigkeit liegt, die Klasse zu zertifizieren. Dementsprechend hat sich die Praxis entwickelt, dass von den Klägern erwartet wird, dass sie die erforderlichen Abhilfemaßnahmen als Antwort auf die folgenden Fragen vorbringen:

- Identifizierung einer objektiv identifizierbaren Klasse (d.h., dass die Klasse "mit ausreichender Genauigkeit definiert werden muss, die eine objektive Bestimmung ermöglicht, wer als Mitglied qualifiziert ist");
- es einen triftigen Klagegrund gibt;
- die Ansprüche der Klassenmitglieder gemeinsame Tatsachen- oder Rechtsfragen aufwerfen;
- die beantragte(n) Klage(n) oder geltend gemachte(r) Schadenersatzanspruch(e) sich aus dem Klagegrund ergeben, feststellbar ist und bestimmt werden kann;
- falls ein Schadenersatzanspruch besteht, dass es ein geeignetes Verfahren für die Zuweisung des Schadenersatzes an die Mitglieder der Klasse gibt;
- der vorgeschlagene Vertreter geeignet ist, die Sammelklägergruppe zu vertreten und den Rechtsstreit zu führen, einschließlich der erforderlichen Rechtsfähigkeit und der für den Rechtsstreit erforderlichen Mittel (und ggf. Einzelheiten über spezielle Mechanismen zur Finanzierung des Rechtsstreits); und

- dass eine Sammelklage das geeignetste Mittel ist, um die von der Sammelklägergruppe vorgebrachten Ansprüche oder rechtlichen und faktischen Fragen zu bestimmen.

Darüber hinaus wird von den Antragstellern erwartet, dass sie Einzelheiten darüber angeben, wie die Klasse über die vorgeschlagene Aktion informiert werden soll und ob sie als Opt-in- oder Opt-out-Aktion vorgeschlagen wird.

Wie bestimmt ein Gericht, ob der Fall für eine Sammelklage in Frage kommt?

Beglaubigungsverfahren werden auf Antrag und in Übereinstimmung mit den geltenden Regeln des Antragsgerichts eingereicht. Bislang gibt es das entwickelte Sammelklageverfahren nur bei den Obersten Gerichten, und dementsprechend findet das in Regel 6 geregelte Antragsgerichtsverfahren Anwendung. Dies beinhaltet die Einreichung einer Antragsmitteilung und die Erstellung einer eidesstattlichen Erklärung (die entsprechend der entwickelten Praxis einen Entwurf der Einzelheiten der Klage und einen Entwurf der Mitteilung der Sammelklage beifügen sollte). Die Antragsgegner im Zertifizierungsantrag sind in jedem Fall die namentlich genannten Beklagten in der voraussichtlichen Klage und dürfen eine eidesstattliche Erklärung zur Erwiderung einreichen, gefolgt von einer eidesstattlichen Erklärung der Antragsteller zur Erwiderung. Die Anhörung des Antrags wird sich auf die Argumentation der Fragen beschränken, ohne dass Zeugen geladen werden. Alle Zwischenverfahren werden ebenfalls auf Antrag und in Übereinstimmung mit den Regeln durchgeführt. Das Gericht (in der Regel ein Einzelrichter des Hohen Gerichtshofes) wird die Angelegenheit auf dem Papier und unter Berücksichtigung der mündlichen und schriftlichen Argumente entscheiden und einen schriftlichen Beschluss und ein schriftliches Urteil fällen.

Wie in Frage 6 angegeben, hängt die Dauer des Verfahrens von der Komplexität einer Angelegenheit ab. Ebenso ist die Dauer, in der ein Urteil gefällt werden muss, von der Arbeitsbelastung abhängig, und es gibt häufig Rückstände. Die vom Obersten Richter in den Normen und Standards 2014 vorgegebene formelle Leitlinie besagt, dass Zivilverfahren innerhalb eines Jahres ab dem Datum der Ausstellung der Vorladung (oder der Gründungsunterlagen) abgeschlossen sein sollten und die Urteile spätestens drei Monate nach der letzten Anhörung gefällt werden sollten.

Bei der Entscheidung, ob eine Klasse zertifiziert werden sollte, muss ein Gericht den Maßstab der "Interessen der Gerechtigkeit" unter Berücksichtigung der von den Gerichten in Frage 9 genannten Faktoren anwenden. Die Beweise zur Unterstützung dieser Faktoren (oder anderer Faktoren, die das Gericht hinsichtlich der Beglaubigung der Angelegenheit überzeugen können) müssen in den eingereichten eidesstattlichen Erklärungen enthalten sein und werden nach dem Standard der "Ausgewogenheit der Wahrscheinlichkeiten" bewertet, wobei die Beweislast in der Regel bei den Antragstellern der Klassenzertifizierung liegt.

Konsolidierung

Gibt es ein Verfahren zur Konsolidierung von Mehrfachanträgen für Sammelklagen?

Regel 11 sieht die Konsolidierung von Klagen aus Bequemlichkeitsgründen vor. Regel 11 verlangt, dass eine Partei bei Gericht einen Antrag auf Zusammenlegung der Klagen stellt und dass die antragstellende Partei auch alle interessierten Parteien davon in Kenntnis setzt, dass ein solcher Antrag gestellt wird (durch Zustellung der Antragsmitteilung). In der Beurkundungsphase, in der Angelegenheiten auf Antrag vorgebracht werden, ist eine

Konsolidierung aufgrund von Regel 6(14) in Verbindung mit Regel 11 möglich. Die Prüfung der "Bequemlichkeit" hängt vom Sachverhalt des Falles ab, wird aber wahrscheinlich prüfen, ob eine Vielzahl von Klagen vermieden werden kann, sowie praktische Erwägungen wie die zeitliche Planung, die Einberufung von Zeugen und die zügige Beilegung der Streitigkeiten. Es gibt keine spezifischen Mechanismen, die es den Klägern oder Gerichten ermöglichen, konkurrierende Klagen zu verfolgen.

Verfahren

Entdeckung

Wie funktioniert die Discovery in Sammelklagen?

Das Offenlegungsverfahren gilt normalerweise nicht für Antrags- oder Antragsverfahren (obwohl es einen Mechanismus gibt, der die Offenlegung unter außergewöhnlichen Umständen ermöglicht). Eine eidesstattliche Erklärung, die zur Unterstützung eines Zertifizierungsantrags oder gegen einen Zertifizierungsantrag eingereicht wird, würde Dokumente zur Unterstützung der in der Antragsmitteilung beantragten Klage beifügen. Infolgedessen wäre es ungewöhnlich, dass eine Offenlegung während der Zertifizierungsphase erfolgt oder relevant dafür ist, ob ein Gericht eine Angelegenheit als Sammelklage zulässt. Sobald jedoch die Prozessbereitschaft bescheinigt ist, würden die ordentlichen Regeln für Gerichtsverfahren zur Anwendung kommen, zu denen auch Bestimmungen über die Offenlegung gehören.

Privileg und Vertraulichkeit

Welche Regeln und Normen gelten für die Nichtverbreitung von Dokumenten aus Gründen des Berufsprivilegs, des Prozessprivilegs oder anderer Vertraulichkeitserwägungen?

Das Rechtsberatungsprivileg bezieht sich auf die Kommunikation zwischen einem Rechtsanwalt, der in Ausübung seines Berufs handelt, und seinem Klienten, wobei die Kommunikation vertraulich erfolgt, um Rechtsberatung zu erhalten. Die Beratung darf die Begehung einer Straftat oder eines Betrugs nicht erleichtern. Wenn die Beratung im Zusammenhang mit einem anhängigen oder geplanten Rechtsstreit erfolgt, gilt das "Prozessprivileg". Beide Formen des Privilegs sind im Besitz des Klienten und können aufgehoben werden. Es ist jedoch nicht erforderlich, privilegierte Dokumente während des Offenlegungsverfahrens offenzulegen. Die Vertraulichkeitserwägungen unterscheiden sich von denen der privilegierten Kommunikation.

Zeugnis

Welche Regeln gelten für die Vorlage von Tatsachen- und Sachverständigenaussagen? Unter welchen Umständen wird das Gericht die Zeugenvernehmung anordnen?

Zeugenaussagen werden nur in Klageverfahren eingeholt. In den Obersten Gerichten wird die Zeugenberufung durch Abschnitt 35 (gelesen mit den Abschnitten 36-39) des Gesetzes über die Obersten Gerichte, 10 von 2013 und Regel 38 geregelt. Die Parteien können Zeugen auf Vorladung durch den Kanzler des Obersten Gerichtshofs vorladen, um mündliche Aussagen zu machen oder Urkundenbeweise vorzulegen. Wenn ein Zeuge auf eine Vorladung nicht antwortet, kann das Gericht einen Haftbefehl ausstellen, der anordnet, dass der Zeuge zu

einem bestimmten Zeitpunkt vor Gericht gestellt wird. Im Normalfall wird die Zeugenaussage mündlich und in öffentlicher Verhandlung ohne Vorlage von Zeugenaussagen gemacht. Ein Gericht kann jedoch anordnen, dass Beweise in bestimmten Fällen durch eidesstattliche Erklärung, durch Vernehmungen oder unter Ausschluss der Öffentlichkeit zugelassen werden.

Sachverständige dürfen im Sinne von Regel 36 Absatz 9 nur mit Erlaubnis des Gerichts oder mit Zustimmung aller Parteien als Zeugen geladen werden, es sei denn, dass innerhalb bestimmter Fristen nach Schluss der Schriftsätze eine Mitteilung über die Absicht, einen Sachverständigen zu laden, und (im Falle des Klägers) eine mit Gründen versehene Zusammenfassung des Gutachtens des Sachverständigen abgegeben wird. Wenn die Angelegenheit der Fallverwaltung unterliegt, müssen die Mitteilung und die Zusammenfassung vor der ersten Fallverwaltungskonferenz abgegeben werden (vorbehaltlich der Anweisungen des Richters). Im Allgemeinen wird ein gemeinsames Expertengutachten empfohlen. Nur die mündlichen Beweismittel, die von einem Sachverständigen vorgelegt werden, haben Beweiskraft (einschließlich des Nachweises seiner oder ihrer fachlichen Qualifikation).

Verteidigung

Verteidigungsstrategie

Welche Mechanismen und Strategien stehen Sammelklägern zur Verfügung?

Dies ist eine auf Fakten basierende Entscheidung, die von Fall zu Fall zu treffen ist.

Gemeinsame Verteidigungsabkommen

Welche Regeln und Normen gelten für Abkommen über gemeinsame Verteidigung? Sind sie auffindbar? Was sind die Vor- und Nachteile dieser Abkommen?

Es gibt keine spezifischen Regeln für Abkommen über gemeinsame Verteidigung. Soweit diese abgeschlossen werden, richtet sich ihre Auffindbarkeit oder anderweitig nach den allgemeinen Regeln des Privilegs.

Beilegung

Genehmigung von Siedlungen

Beschreiben Sie das Verfahren und die Voraussetzungen für die Genehmigung eines Vergleichs in einer Sammelklage.

Es gibt kein spezifisches Verfahren zur Beilegung von Sammelklagen, das durch das Gesetz oder die Gerichtsordnung vorgeschrieben ist. Dementsprechend wird bei Sammelklagen, die vor dem High Court eingereicht werden, die Beilegung in erster Instanz durch Regel 34 geregelt: Ein schriftliches Angebot kann in jedem Verfahrensstadium (mit oder ohne Präjudiz) von jeder Verfahrenspartei zur Beilegung der strittigen Fragen gemacht werden. Der in Nkala geschlossene Vergleich hat einige Hinweise für die Art und Weise gegeben, wie ein Vergleich geschlossen werden kann (wobei dieser Vergleich tatsächlich geschlossen wurde, während das Zertifizierungsurteil des Obersten Gerichtshofs in Erwartung einer Berufung der beklagten Bergbauunternehmen vor dem Obersten Berufungsgericht ausgesetzt wurde). Das Gericht in Nkala wies auch darauf hin, dass Vergleiche in Sammelklagen gerichtlich

angeordnet werden müssen (in diesem Fall zum Teil aufgrund der bestehenden Vereinbarung über Erfolgshonorare). Obwohl dies in den Regeln nicht vorgeschrieben ist, legen der Präzedenzfall Nkala und ein früherer Hinweis darauf, dass in Mukaddam eine gerichtliche Bestätigung erforderlich wäre, nahe, dass eine gerichtliche Sanktion zu einer akzeptierten Voraussetzung geworden sein könnte.

Das in Nkala verfolgte Verfahren bestand darin, einen Antrag zu stellen, um ein lang verhandeltes Einigungsabkommen in zwei Stufen gerichtlich anordnen zu lassen. In der ersten Phase verlangten die Parteien unter anderem die Sanktion des Gerichts für die Veröffentlichung des Vergleichs und die Aufforderung zur Stellungnahme und zum Einspruch zu einem bestimmten Rückgabetermin. In der anschließenden Anhörung ging es um die Frage, ob es im Interesse des Gerichts sei, die Vergleichsvereinbarung zu sanktionieren, so dass sie zu einem Gerichtsbeschluss wurde.

In den Urteilen, in denen die Vergleichsvereinbarung als Gerichtsbeschluss anerkannt wurde, wurde betont, ob sie den Interessen der Gerechtigkeit diene, einschließlich der Frage, ob der an die Antragsteller zu zahlende Entschädigungsbetrag in einem angemessenen Verhältnis zu dem von jedem einzelnen erlittenen Schaden stehe und ob die Interessen der Klassen tatsächlich geschützt werden. Der Standard für die Beurteilung der Klassenvereinbarung wurde als "fair, angemessen, angemessen und dass sie die Interessen der Klasse schützt" beschrieben.

Das übereinstimmende Urteil in dieser Angelegenheit hat eine nützliche, nicht erschöpfende Liste von Mindeststandards geliefert, die eine Vergleichsvereinbarung erfüllen sollte, damit nachgewiesen werden kann, dass sie im "Interesse der Gerechtigkeit" liegt, d.h. dass sie ein Minimum an Anforderungen erfüllen muss:

- nicht gegen einen Verfassungsgrundsatz verstoßen oder anderweitig rechtswidrig oder unmoralisch sein;
- zu Marktbedingungen abgeschlossen werden, wobei die Vergleichsparteien frei von jeder Form von Zwang sind;
- ein umfassendes, objektiv bewertbares Entschädigungssystem vorsehen;
- sicherstellen, dass ein Antrag auf Entschädigung, die Bewertung der Entschädigung und das Ergebnis der Entschädigung für alle Mitglieder der Klasse leicht und leicht zugänglich ist;
- sicherstellen, dass die Kosten des Antrags (wenn sie von den Antragstellern getragen werden) nicht so hoch sind, dass die Entschädigung bedeutungslos wird;
- sicherstellen, dass alle potenziellen Antragsteller gemäß der Definition im Zertifizierungsauftrag abgedeckt sind;
- sicherstellen, dass der Antragsteller, der seinen Anspruch geltend macht, entschädigt wird, sobald der Anspruch nachgewiesen ist;
- sicherstellen, dass die Höhe der Entschädigung weder zu hoch noch zu niedrig ist;
- sicherstellen, dass die Kosten für die Umsetzung des Abkommens gerechtfertigt sind;
- sicherzustellen, dass die Honorare der eingesetzten Rechtsvertreter fair und angemessen sind; und
- im Allgemeinen im öffentlichen Interesse liegen.

Einwände gegen den Vergleich

Können Klassenmitglieder gegen einen Vergleich Einspruch erheben? Wie?

Regel 34 sieht weder ein spezifisches Verfahren für die Beilegung von Sammelklagen noch für Einwände gegen einen Vergleich im gewöhnlichen Verfahren vor. Es wird davon ausgegangen, dass eine Einigung durch einvernehmliche Verhandlungen zwischen den Streitparteien erzielt wird. Der Ansatz in Nkala bietet eine gewisse Orientierungshilfe. In diesem Fall wurde nach ausgedehnten Verhandlungen zwischen den Vertretern der prozessierenden Bergarbeiter und der beklagten Bergbauunternehmen eine Einigung erzielt. Als die Parteien beim Obersten Gericht einen Antrag auf Erlass eines Gerichtsbeschlusses stellten, der für alle Mitglieder der Gruppen (letztlich in einer Reihe von verbundenen Sammelklagen und unter der Bedingung, dass die Vergleichsvereinbarung sanktioniert wird) sowie für die Beklagten des Vergleichs (zu denen nicht alle beklagten Bergbauunternehmen gehörten) bindend sein könnte, verlangten die Parteien einen "rule nisi" oder die Rückgabe des Antrags auf Erlass eines Gerichtsbeschlusses einen Tag vor einer abschließenden Anhörung des Antrags auf Erlass der Vergleichsvereinbarung. Der Zweck des Rückgabetales bestand darin, die Veröffentlichung der Vergleichsvereinbarung in den Medien und auf verschiedenen Anschlagtafeln und Websites zu ermöglichen und die Mitglieder der Klasse darüber zu informieren, dass sie das Recht haben, gegen die Vergleichsvereinbarung Einspruch einzulegen. Die Gelegenheit dazu würde am Tag der Rückkehr bestehen. In dieser speziellen Angelegenheit war auch vorgesehen, dass die Mitglieder der Sammelklägergruppe die Möglichkeit hatten, sich gegen den Vergleich zu entscheiden.

Getrennte Siedlungen

Wie werden separate Vergleiche in Sammelklagen behandelt?

Im Normalfall, wenn eine Reihe von Angelegenheiten in einem einzigen Vergleichsabkommen geregelt werden sollen, würden die Parteien versuchen, einen solchen Vergleich zu einem Gerichtsbeschluss zu machen und auch die Zusammenlegung von Klagen zu beantragen. Dies war beim Nkala-Vergleich der Fall (siehe Fragen 11, 17 und 18).

Urteil und Berufung

Ausschließende Wirkung

Was ist die ausschließende Wirkung eines rechtskräftigen Urteils in einer Sammelklage?

Die Mitglieder einer zertifizierten Klasse sind an das Ergebnis der anschließenden Klage gebunden. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass dies durch die Bedingungen einer spezifischen Vergleichsvereinbarung insofern geändert werden kann, als sie den Mitgliedern der Klasse die Möglichkeit des "opting-out" einräumt (wie es in der Vergleichsvereinbarung von Nkala der Fall war).

Berufungen

Welche Art von Berufungsüberprüfung gibt es in Bezug auf Entscheidungen in Sammelklagen?

Anordnungen zur Zertifizierung von Klassen (im Anschluss an das Zertifizierungsverfahren) sowie Anordnungen in Folgeklagen können vorbehaltlich der ordentlichen Gerichtsordnung angefochten werden. Im Sinne der Regeln sind die Parteien verpflichtet, beim erstinstanzlichen Gericht bei einer Vollbank derselben Abteilung des Obersten Gerichtshofs oder beim Obersten Berufungsgericht Berufung einzulegen. In Fällen von Berufungen an den

Obersten Berufungsgerichtshof ist es möglich, beim Obersten Gerichtshof selbst einen Antrag zu stellen, wenn das erstinstanzliche Gericht keine Berufungserlaubnis erteilt. Weitere Berufungen sind beim Verfassungsgericht möglich (und bei Sammelklagen ist es ausnahmslos wahrscheinlich, dass sie Fragen von ausreichender öffentlicher Bedeutung oder verfassungsrechtlicher Relevanz betreffen, die eine Prüfung durch das Verfassungsgericht rechtfertigen). Eine Berufung setzt im Normalfall die Gültigkeit des angefochtenen Beschlusses aus.

Regulatorische Maßnahmen

Regulierungsbehörden

Welche Rolle spielen die Regulierungsbehörden im Zusammenhang mit Sammelklagen?

In der Rechtssache Bartosch gegen Standard Bank of South Africa Ltd (2286/2014) [2014] ZAECPHC 52 (21. August 2014) war die nationale Kreditaufsichtsbehörde die vierte Beklagte in einer vorgeschlagenen Sammelklage, in der eine Feststellungsverfügung beantragt wurde, dass Tausende von Kreditverträgen, die zwischen Verbrauchern und Kreditgebern abgeschlossen wurden, rücksichtslos seien, wie in Abschnitt 80 der NCA vorgesehen. Der Antrag auf diese Sammelklage war unter anderem deshalb erfolglos, weil die Unterlagen des Antragstellers auf Vermutungen und Behauptungen beruhten und weil in den Unterlagen des Antragsverfahrens kein Klagegrund festgestellt wurde.

Zivilrechtliche Schadenersatzklagen aufgrund von Wettbewerbsangelegenheiten (zu denen auch die bahnbrechenden Urteile in den Rechtssachen Children's Resource Centre und Mukaddam gehören) erfordern eine vorherige Bescheinigung des Wettbewerbsgerichts oder des Berufungsgerichts in Bezug auf Abschnitt 65(6)(b) des Wettbewerbsgesetzes 89 von 1998 (Wettbewerbsgesetz), dass das Verhalten, das der Schadenersatzklage zugrunde liegt, als verbotene Praxis eingestuft wurde. Diese Anforderung gilt auch für wettbewerbsrechtliche Sammelklagen. Die Möglichkeit der Geltendmachung zivilrechtlicher Schadenersatzforderungen besteht unabhängig und zusätzlich zu etwaigen administrativen Feststellungen der Wettbewerbsbehörden. Es gibt jedoch eine sich entwickelnde Rechtsprechung bezüglich des Verhältnisses zwischen zivilrechtlichen Schadenersatzklagen und administrativen Wettbewerbsverfahren und Vergleichen.

Es ist auch möglich, dass Regulierungsbehörden in bestimmten Fällen (einschließlich, aber nicht beschränkt auf das Nationale Verbrauchergericht und die Kommission für Unternehmen und geistiges Eigentum) Verfahren im öffentlichen Interesse einleiten. Normalerweise richten sich Ansprüche dieser Art nicht auf Schadenersatz, der einzelnen Personen zugesprochen wird, und unterscheiden sich von Sammelklagen.

Private Durchsetzung

Beschreiben Sie alle Anreize, die das Zivil- oder Strafrechtssystem bietet, um Folgemaßnahmen zu erleichtern.

Abschnitt 65 des Wettbewerbsgesetzes sieht zivilrechtliche Schadenersatzklagen im Anschluss an die Beglaubigung von Beweisen für ein verbotenes Verhalten vor.

Alternative Streitbeilegung

Welche Rolle spielen die Schiedsgerichtsbarkeit und andere Formen der alternativen Streitbeilegung bei Sammelklagen? Können Schiedsgerichtsklauseln rechtmäßig Verzichtserklärungen für Sammelklagen enthalten?

Bis heute sind alle Sammelklagen in Südafrika vor einem Hohen Gericht eingereicht worden. Eine Bestätigung der Sammelklage ist im Wege eines Schiedsverfahrens unzulässig. Der Arbitration Act, 42 von 1965 sieht keine Sammelklagen vor und sieht auch keine Schiedsrichter mit inhärenter Zuständigkeit für eine solche Entscheidung vor. Es ist denkbar, dass sich in der Zukunft ein Verfahren entwickelt, das die Zertifizierung von Sammelklagen in den Obersten Gerichten mit einem anschließenden gerichtlich angeordneten Schiedsverfahren ermöglicht. Die Prinzipien, die der Anerkennung von Sammelklagen bisher zugrunde liegen, machen dies jedoch in Ermangelung einer spezifischen Gesetzgebung höchst unwahrscheinlich.

Wir stellen jedoch fest, dass die Streitbeilegungsbestimmungen der Schlichtungsvereinbarung in der Nkala-Silikose-Sache eine Streitbeilegung durch Schlichtung mit anschließendem Schiedsverfahren vorsahen.

Gerichtlich angeordnete Mediation

Ordnen Gerichte in Sammelklagen eine Mediation vor dem Prozess an? Macht die Ernennung eines Mediators es wahrscheinlicher, dass das Gericht einen Vergleich genehmigt?

Es gibt kein Erfordernis für eine Mediation vor dem Prozess (die sich in sehr großen Sammelklagen als unpraktisch erweisen könnte). Die Regeln 37 und 37A (die sich mit Konferenzen vor dem Verfahren bzw. mit dem Fallmanagement befassen) verlangen jedoch beide, dass die Parteien angeben, ob eine Mediation in Betracht gezogen wurde, und dass die Anwälte verpflichtet sind, die Kunden über die Vorteile einer Mediation zu informieren (eine Anforderung, die in einem Entwurf zur Änderung der Regeln zum Ausdruck kommt). Obwohl es einen Präzedenzfall dafür gibt, dass Gerichte in Fällen von Gruppenräumungen eine Mediation anordnen, um einen Vergleich herbeizuführen (was zum Teil auf die spezifischen Bestimmungen der geltenden Gesetzgebung zurückzuführen ist), wurde dies noch nicht in den Raum der Sammelklagen importiert.

Gebühren, Kosten und Finanzierung

Erfolgshonorare

Wie sind die Regeln für Erfolgshonorarvereinbarungen für die Anwälte der Kläger in einer Sammelklage?

Erfolgshonorarvereinbarungen sind in Südafrika im Sinne des Contingency Fees Act, 66 von 1997 (Contingency Fees Act) erlaubt, der sowohl "no win-no fee"-Vereinbarungen als auch Erfolgshonorarvereinbarungen anerkennt (die den Rechtsanwalt zu nicht mehr als 100 Prozent seines normalen Honorars oder mehr als 25 Prozent des zugesprochenen Gesamtbetrags berechtigen dürfen).

Das Gesetz über Erfolgshonorare schreibt die Anforderungen für Erfolgshonorarvereinbarungen vor, einschließlich der Anforderung, dass die Vereinbarung schriftlich in einer vorgeschriebenen Form vorliegen muss, dass sie sowohl vom Mandanten oder einem ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter des Mandanten als auch vom Anwalt, der den Mandanten vertritt, unterzeichnet sein muss, dass die Angelegenheit, auf die sich die Vereinbarung bezieht, angegeben werden muss und dass der Mandant über alternative Mittel zur Finanzierung des Rechtsstreits beraten wurde. Wenn das Honorar eines Rechtsanwalts auch vom Erfolg der Angelegenheit abhängt, muss der Rechtsanwalt die Vereinbarung über das Erfolgshonorar gegenzeichnen und damit Partei der Vereinbarung werden. Es sind auch besondere Bestimmungen darüber vorgesehen, wie Erfolgshonorare im Falle eines Vergleichs zu behandeln sind. Die Nichteinhaltung des Gesetzes über Erfolgshonorare macht eine Erfolgshonorarvereinbarung rechtswidrig.

Kostenbelastung

Wie sind die Regeln bezüglich der Verpflichtung einer unterlegenen Partei zur Zahlung der Anwalts- und Prozesskosten der obsiegenden Partei in einer Sammelklage?

Die allgemeine Regel in südafrikanischen Rechtsstreitigkeiten lautet, dass "die Kosten dem Ereignis folgen sollten", d.h. dass die erfolgreiche Partei berechtigt ist, die Prozesskosten auf einer von drei festgelegten Skalen von der unterlegenen Partei einzufordern. Die Kostenrechnung einer Partei muss gemäß den Regeln von einem Steuermeister versteuert werden, und nur der versteuerte Betrag kann geltend gemacht werden. Werden die Kosten auf der Skala von Partei zu Partei zuerkannt, sind die erstattungsfähigen Kosten gemäß den vorgeschriebenen Tarifen und in der Regel weit niedriger als die tatsächlichen Prozesskosten. Anwalts- und Mandantenkosten führen zu höheren Rückerstattungsbeträgen, während Strafkostenbescheide auf der Anwalts-zu-Mandanten-Skala die größte Rückerstattung ermöglichen. Bei Verfassungsrechtsstreitigkeiten, an denen der Staat als Partei beteiligt ist, gilt für diesen Grundsatz der Grundsatz, dass im Falle des Obsiegens einer privaten Partei der Staat seine Kosten trägt, im Falle des Unterliegens jedoch jede Partei ihre eigenen Kosten trägt. Sammelklageverfahren folgen dem gleichen Muster.

Berechnung

Wie werden die Kosten berechnet? Welche Kosten werden normalerweise gedeckt? Unterscheidet sich die Kostenberechnung im Kontext von Rechtsstreitigkeiten und Vergleichen?

Wenn die Kosten von einem Gericht zugesprochen werden, gelten die oben unter 27 beschriebenen Grundsätze. Die Berechnung der Kosten wird auf den vorgeschriebenen Tarif und die vom Steuerpflichtigen zugelassenen Kosten beschränkt (was immer nur zu einem kleinen Anteil der Kostendeckung und zu "notwendigen" und "angemessenen" Ausgaben führt, je nach dem anwendbaren Tarif). Die an einem Vergleich beteiligten Parteien sind offen, sich auf eine eigene Grundlage für die Kostendeckung zu einigen.

Finanzierung durch Dritte

Ist die Drittfinanzierung von Sammelklagen zulässig?

Die Finanzierung durch Dritte ist zulässig, sofern es sich nicht um einen Verfahrensmissbrauch handelt. In einigen Fällen kann es notwendig sein, sich dem

Prozessfinanzierer in einem Verfahren anzuschließen, damit ein Gericht sein Ermessen hinsichtlich der Kosten gegen den Finanzierer ausüben kann - eine relativ neue Entwicklung des Common Law. Dies ist jedoch nicht immer der Fall und beruht auf Faktoren wie dem Grad der Kontrolle durch den Geldgeber oder dem Nutzen, den der Geldgeber aus dem Rechtsstreit ziehen kann. Im Zusammenhang mit der Finanzierung des Antrags auf Zertifizierung der Nkala-Silikose wurde festgestellt, dass ein Beitritt des Drittfinanzierers aufgrund der Fakten des Falles und unter anderem aufgrund der Analyse der betreffenden Finanzierungsvereinbarung nicht notwendig war.

Öffentliche Finanzierung

Sind Prozesskostenhilfe oder andere öffentliche Mittel für Sammelklagen verfügbar?

Öffentliche Mittel sind über den Legal Aid Board erhältlich. Bislang wurden die meisten Sammelklagen im Namen von Bedürftigen von Anwaltskanzleien von "öffentlichem Interesse" eingereicht, die von Spendern oder mit Hilfe von Drittmitteln unterstützt wurden.

Versicherung

Sind nachteilige Kosten, ein nachteiliges Gerichtsurteil oder eine Versicherung nach dem Ereignis verfügbar?

Versicherungen nach dem Ereignis und andere Formen der Prozessversicherung werden in Südafrika anerkannt.

Übertragung von Ansprüchen

Können Kläger ihren Anspruch an eine andere Partei verkaufen?

Das südafrikanische Recht erkennt das Prinzip der Abtretung einer Forderung vom Zedenten (d.h. dem Kläger in einer Sache oder Sammelklage) an einen Zessionar (den benannten Begünstigten der Forderung) an, wenn die Verpflichtung des Beklagten zur Bereitstellung der Forderung entsteht, was dazu führt, dass der Zessionar das Recht auf die Forderung hat und nicht der Zedent. Ungeachtet der Tatsache, dass das Zessionsprinzip nach südafrikanischem Recht rechtsgültig ist, gibt es bisher keinen Beweis dafür, dass dieses Prinzip in Sammelklagen funktioniert. Bei Schadenersatzklagen, die sich auf persönliche Schäden der Kläger beziehen, ist dies unwahrscheinlich.

Verteilung der Entschädigung

Wenn die Verteilung der Entschädigung an die Mitglieder der Klasse problematisch ist, was geschieht mit der Auszeichnung?

Es gibt kein klares Verfahren für den Umgang mit der Verteilung der Erlöse an die Mitglieder der Klasse, wobei der Nkala-Vergleich den primären Präzedenzfall darstellt. Die Gerichte haben jedoch auf geeignete Verteilungsmechanismen angespielt - in der Regel einen Fonds oder Trust, der mit einem Verwaltungsmechanismus zur Verteilung der Mittel und zur Behandlung von Überschüssen eingerichtet werden soll. Der Nkala-Vergleich hat eine Treuhandgesellschaft eingerichtet, die in der Treuhandurkunde festlegt, wie die Mitglieder jeder zertifizierten Klasse ihre Ansprüche beweisen und einen Vorteil aus der Treuhandgesellschaft erhalten sollen. In der Treuhandurkunde ist festgelegt, dass bei

Beendigung des Trusts und nachdem alle Begünstigten und Treuhandgläubiger bezahlt worden sind, überschüssige Gelder an die Gründer des Trusts zurückfallen (die in diesem Fall zu den Beklagten des Vergleichs gehören).

Aktualisierungen und Trends

Rechtliche und regulatorische Entwicklungen

Welche legislativen, regulatorischen oder gerichtlichen Entwicklungen im Zusammenhang mit Sammelklagen zeichnen sich am Horizont ab?

Rechtliche und regulatorische Entwicklungen³⁴ Welche legislativen, regulatorischen oder gerichtlichen Entwicklungen im Zusammenhang mit Sammelklagen zeichnen sich am Horizont ab?

Die jüngste eingereichte Sammelklage bezieht sich auf den Ausbruch von Listeriose, die angeblich durch Produkte von Tiger Brands, einschließlich Wurstwaren, verursacht wurde. Im Anschluss an die Zertifizierung wurden die Kläger, die durch den Ausbruch einen Verlust oder Schaden erlitten haben, aufgefordert, der Sammelklage als Mitglieder beizutreten. Dies ist die erste größere Sammelklage zur Produkthaftung in Südafrika und scheint dem gleichen Ansatz zu folgen wie Nkala (von derselben Anwaltskanzlei geführt). Der Zwei-Phasen-Ansatz (Haftung gefolgt von Quantum) spiegelt sowohl die übliche Praxis bei Schadenersatzklagen als auch den Ansatz von Nkala wider. Dieser Fall wird wahrscheinlich den bisher verfolgten Ansatz testen.

Die Kläger forderten Schadenersatz im Sinne des CPA 2008, und die vorgeschlagene Sammelklage hat wie im Fall der Silikose den Ansatz verfolgt, die Sammelklage in zwei Phasen abzuwickeln. Die erste Phase konzentriert sich auf die Haftung, während sich die zweite Phase mit der Höhe des Schadenersatzes befassen wird. Die Annahme eines solchen Ansatzes unterstützt die Entwicklung südafrikanischer Sammelklagen, um die Art und Weise zu erkennen, wie Sammelklagen effektiver gehandhabt werden können, und um verschiedene Fragen durch die Aufteilung in verschiedene Phasen angemessener zu behandeln.

Darüber hinaus wurde ein Antrag auf Bescheinigung einer Aktionärsgruppe gegen mit der Steinhoff-Gruppe verbundene Parteien gestellt. Diese spezielle Sammelklage stützt sich auf eine Reihe von Bestimmungen des Aktiengesetzes und konzentriert sich auf einen Klagegrund im Zusammenhang mit einem reflexiven Verlust (der in der jüngsten Rechtsprechung außerhalb des Bereichs der Sammelklagen als gültiger Klagegrund zurückgewiesen wurde). Die Wechselbeziehung zwischen dieser Sammelklage und internationalen Pendanten ist ein Bereich, in dem es eine potentielle Entwicklung des Rechts gibt, insbesondere im Hinblick auf die Konsolidierung von Ansprüchen, die extraterritoriale Wirkung (falls vorhanden) von Sammelklagen und die Prozessfinanzierung.

Schließlich dürften die Fortschritte bei den Schadenersatzverteilungen im Anschluss an den Nkala-Silikose Vergleich und das Berufungsverfahren in dieser Angelegenheit einen Hinweis darauf geben, wie künftige Vergleiche im Bereich der Sammelklagen gehandhabt werden.